

P r o t o k o l l

der Beratung des Ausschusses für Wirtschaft

Datum: 13.09.2005

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Fraunhofer Anwendungszentrum an der BTU,
Karl- Liebknecht- Straße 102

Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste

I. Öffentlicher Teil

1. Präsentation des Fraunhofer Anwendungszentrums an der BTU Cottbus durch Herrn Prof. Meinberg

2. Protokollkontrolle und Bestätigung der Tagesordnung

Die Protokolle der Beratungen vom 15.06.2004 werden bestätigt.

Abstimmung zur Tagesordnung:

Zustimmung: 4

Gegenstimmen: 1

Enthaltungen: -

3. Informationen

3.1 Information zum Bäderzentrum

Vortragender: Herr Schirrgott

Nach dem Beschluss der STVV wurden die 4 Bieter mit Schreiben vom 31.08.05 aufgefordert bis zum 16.09. 05 ihr Angebot ausschließlich hinsichtlich der Finanzierung ohne Einbeziehung von Fördermitteln zu überarbeiten. Nach Auswertung der Angebote erfolgen die Vertragsverhandlungen mit dem besten Bieter. Parallel hierzu werden die Unterlagen für die Kommunalaufsicht erarbeitet.

Herr Dr. Fischer: Fragt nach, was passiert, wenn vom Bieter nunmehr eine Bürgschaft von der Stadt Cottbus verlangt wird?

Herr Schirrgott: Eine solche Forderung wäre nicht ausschreibungskonform. Die Bieter wurden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die neue Angebotsabgabe ausschließlich auf die Finanzierung des Vorhabens beschränkt.

3.2 Information zur EGC

Vortragender: Herr Schwarz, Prokurist EGC

Herr Schwarz erläutert zunächst die allgemeinen Aufgaben der Wirtschaftsförderung und gibt dann einen Bericht zu den Ergebnissen seit 2004.

Frau Spring: Erklärt, dass es nicht das Ziel sein kann nur Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor zu schaffen. Die EGC muss bestrebt sein Unternehmen anzusiedeln, welche AP mit höherem Lohnniveau schaffen.

Herr Schwarz: Erklärt, dass einerseits gerade ein Standortvorteil in den niedrigeren Lohnkosten liegt. Andererseits geben Ansiedlungsabsichten Hoffnung, dass Unternehmen insbesondere auf hier vorhandene Fachkräfte bauen.

Herr Prof. Ertel: Erklärt, dass er mit dem Begriff die EGC „schaffe Arbeitsplätze“ Probleme hat. Außerdem müsse es darum gehen, dass die EGC bestehende Hemmnisse bei der Ansiedlung beseitigen müsse.

Herr Schwarz: Sieht eigentlich keine Hemmnisse auch nicht in der Verwaltung. Bisher gab es hervorragende Zusammenarbeit mit den entsprechenden Partnern. Oftmals sind allerdings die Auswahlkriterien der jeweiligen Unternehmen für die Standortentscheidung ausschlaggebend.

Herr Dr. Fischer: Erklärt, dass Unternehmen einerseits auf deutsche Rechtssicherheit bauen wollen und andererseits AP zu Billiglöhnen schaffen wollen, dass kann nicht funktionieren. Er fragt nach, wie ALDI an die Sielower Landstraße passt?

Herr Schwarz: Erklärt, dass es zunächst einen beschlossenen Bebauungsplan gibt, der Einzelhandel zulässt. Weiterhin gibt es mehrere Interessenten für diesen Standort.

Herr Opitz: Nimmt Bezug auf die Auftaktveranstaltung „Botschafter für die Lausitz“ der EGC und die in diesem Zusammenhang

erfolgte Veröffentlichung in der LR. Er ist der Meinung, da jährlich viel Geld in die EGC fließt, kann man eigentlich bessere Ergebnisse erwarten. Die von Herrn Schwarz im Vortrag verwendeten Begriffe „wir wollen“ und „wir müssen“ wurden kritisiert. Nach 18 Monaten muss es eigentlich heißen „wir haben erreicht“.

Herr Schierack: Bedankt sich ausdrücklich bei der EGC, dass schon 650 Arbeitsplätze durch angesiedelte Unternehmen geschaffen wurden, auch wenn dabei viele auf dem Niedriglohnsektor entstanden sind. Er erklärt, dass nichts herausgekommen wäre, wenn man das Geld in die Verwaltung gesteckt hätte.

Herr Kaps: Fragt nach, warum bei den Branchenschwerpunkten die Luft- und Raumfahrttechnik keine Berücksichtigung gefunden hat?

Herr Schwarz: Informiert, dass diese Schwerpunkte durch das Land u.a. an Hand der bereits vorhandenen Unternehmen an den jeweiligen Standorten gesetzt wurden. Darüber hinaus reiche es nicht aus, wenn in Cottbus in dieser Richtung geforscht werde. Vielmehr wollen Unternehmen auch an Standorte, wo sich bereits eine Branche entwickelt hat.

Herr Süßmilch: Stellt fest, dass von Herrn Schwarz mehrfach der Begriff „Region Cottbus“ verwendet wurde. Dieser sei ihm nicht bekannt. Möchte gern beim nächsten Bericht der EGC geklärt haben, wie das innere Controlling bei der EGC funktioniert?

Herr Schnapke: Fragt im Zusammenhang mit der Gründung der Wifö-Gesellschaft im Spree-Neisse-Kreis nach, ob es evtl. eine Zusammenarbeit oder eher einen Wettbewerb um Investoren gibt?

Herr Schwarz: Seitens der EGC wird eine Partnerschaft angestrebt. Hierzu gab es Gespräche mit dem Kreis, als bekannt wurde, dass eine eigene Wifö gebildet werden soll. Das Thema ist jedoch noch offen.

Herr Schnapke: Bedankt sich für die gegebenen Informationen und Erläuterungen und erwartet den nächsten Bericht der EGC in 6 Monaten.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Vorlage Nr. IV-057/05

„Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für das Jahr 2006“

4.2. Vorlage Nr. IV-058/05

„Fortschreibung des mittelfristigen Investitionsplanes für die Jahre 2006 – 2009“

4.3. Vorlage Nr. IV-059/05

„Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2006 – 2010 im Rahmen des Haushaltes 2006“

Vortragende: Frau Ramsch, AL Amt 20

Frau Ramsch bittet darum, dass die Vorlagen im Zusammenhang vorgetragen werden. Dieser Bitte wird entsprochen.

Herr Luttert: Fragt nach, ob die ausgewiesenen Defizite bei Hartz IV durch die Stadt zu tragen sind?

Frau Ramsch: Erklärt, dass davon ausgegangen wird, dass für die Stadt keine Mehrbelastungen entstehen.

Herr Süßmilch: Fordert den Wirtschaftsausschuss auf, sich grundsätzlich mit den unternehmerischen Aktivitäten der Stadt in einer Sitzung zu beschäftigen!

Fragt nach, wie belastbar die Zahlen aus dem HSK sind (Beispiel Systemhaus - und evtl. Wertschöpfung vor Ort)?

Frau Ramsch: Erläutert, dass es einen Auftrag an Kienbaum zur Prüfung gibt, ob Wertschöpfung auch vor Ort möglich ist – Ergebnis wird in ca. 12 Wochen vorliegen.

Herr Schulze: Bittet um Erläuterungen zu den jährlichen Rückstellungen für die Deponie und den 3,2 Mio. € für die Sanierung der SWC.

Frau Ramsch: Erklärt, dass die Bildung einer tatsächlichen Rücklage haushaltsrechtlich nicht möglich war, da die Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt besitzt.

Die in den vergangenen Jahren für die Rekultivierung und Nachsorge eingenommenen Gebühren werden in Form einer „roten Rücklage“ nachgewiesen und müssen entsprechend des Bedarfs aus dem Vermögenshaushalt bereitgestellt werden.

Das Thema SWC wird im Nichtöffentlichen Teil beantwortet.

- Herr Opitz: Fragt nach, wie die Ergebnisse Kienbaum unter Berücksichtigung der bestehenden Personalvereinbarung umgesetzt werden können?
- Weitere Nachfragen zu Einsparungen im Bereich Jugendhilfe?
- Frau Ramsch: Die Ergebnisse der Kienbaum- Untersuchung werden am 19.09. präsentiert. Der Abschlussbericht beinhaltet Optimierung- und Ausgliederungspotenzial. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende 2006 nicht möglich.
- Die Reduzierung im Bereich Jugendhilfe (UA 4701 Förderung freie Träger) erfolgte entsprechend den Festlegungen des HSK 2003 bis 2005. Darüber hinaus werden die Mittel für das COMICS (Wegfall 2006) gestrichen.
- Im Ergebnis des Jugendhilfeausschusses vom 06.09.2005 erfolgte ein Antrag (Gesamtbudget in Höhe Haushaltsgröße 2005 abzüglich 10 %), der Antrag wird im Finanzausschuss am 20.09.2005 behandelt.
- Frau Spring: Fragt nach, ob es nicht fair wäre, die geforderten 6,6 % Einsparung in den Dezernaten nach dem Rasenmäherprinzip überall gleich zu kürzen?
- Frau Ramsch: Erklärt, dass die geforderten Einsparungen den HH 2005 betreffen, wobei jedes Dezernat aus fachlicher Sicht selbst entscheiden muss, wo gekürzt werden kann.
- Herr Schierack: Fragt nach dem aktuellen Personalbestand?
- Frau Ramsch: Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 umfasst einen Stellenumfang von insgesamt 1.576,1 Stellen, darunter 41,7 Stellen in der Freizeitphase der Altersteilzeit.
- Herr Schulze: Stellt fest, wenn man schon soviel Geld für die Kienbaum-Untersuchung ausgibt, dass es nur konsequent sein kann diese Ergebnisse auch umzusetzen.
- Frau Ramsch: Erklärt, dass die Ergebnisse der Studie auch entsprechende Auswirkungen haben. Hier muss dann politisch entschieden werden.
- Herr Schnapke: Unterstützt die Auffassung von Herr Schulze, dass die Ergebnisse konsequent umzusetzen sind. Fragt nach, ob es seitens der Kämmerei eine Zielstellung für die Beschlüsse

zum Haushalt gibt und ob die Genehmigungsfähigkeit durch die Kommunalaufsicht dieses Haushaltes möglich erscheint?

Frau Ramsch: Die Beschlüsse werden aus Sicht der Kämmerei so schnell wie möglich angestrebt, damit eine umgehende Einreichung bei der Kommunalaufsicht erfolgen kann.

5. Sonstiges

Frau Spring: Bittet darum, dass in einer der nächsten Sitzungen ein Bericht über die Arbeit des Investorcenters gegeben wird.

Mit der Protokollführung beauftragt:

Peter Schirrgott
Sachbearbeiter Wirtschaftsförderung

bestätigt: Jörg Schnapke
Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft